

OFFENER BRIEF AN DIE PARTEIEN IM MAINZER STADTRAT

Wir bitten Bündnis90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke, FDP, ÖDP, FW und Volt Die Partei in Mainz endlich mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Wir bitten darum, überbezahlte Mieten und Wuchermieten zu bekämpfen!

Der Mainzer Stadtrat möge durch einen Beschluss die Wohnbau in Mainz auffordern, in den nächsten 10 Jahren auf eine jährliche Gewinnausschüttung zu verzichten, damit mit diesem Geld Wohnungen gebaut oder gekauft werden, die auf Dauer (nicht nur auf eine bestimmte Zahl von Jahren) im Preissegment von 7 bis 8 € an Personen mit geringem Einkommen vermietet werden können.

Wie in Frankfurt geht die Stadt Mainz gegen Mietpreisüberhöhung nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetz vor. Mieter*innen können sich bei Verdacht auf Mietpreisüberhöhung an die Stadt wenden. Die Stadt soll dann die weiteren erforderlichen Schritte einleiten. Entweder gibt es eine gütliche Einigung zwischen Vermieter und Mieter oder die Stadt kann, falls erforderlich, ein hohes Bußgeld verhängen.

Die Erstunterzeichner*innen:

Christoph Hanschke-Vorsitzender DGB Stadtverband Mainz, Prof. i.R. Dr. Franz Hamburger, Torsten Jäger-Initiativausschuss für Migrationspolitik, Pfarrer i.R. Friedrich Vetter, Susanne Wingertzahn-DGB Rheinland-Pfalz/Saarland

#	Vorname Name	Org.	Straße PZ	Unterschrift
1				
2				
3				
4				
5				

**Bitte, senden Sie die ausgefüllte Liste an folgende Adresse :
Hr. Roland Graßhoff -Gartenfeld Str. 1-55116 Mainz**